

Abschlussbericht

Personenrecherchen im Projekt: „Erinnerungskultur – der Fall einer kleinen Stadt“

Juni 2024 bis Juni 2025

Lore Liebscher, Dipl. Museologin

Herderstr. 9

04277 Leipzig

loreliebscher@web.de

Tel. 0176/72961428

Inhalt

Einleitung.....	3
Dr. jur. Otto Schreiber	4
Exkurs: Die Ausschaltung des bisherigen OBM Dr. Karl Kühn.....	6
Weitere NS-Akteure.....	12
Dr. jur. Horst Langbein	12
Bernhard Hummitzsch.....	14
Recherchen zu Opfern von Zwangssterilisationen und Krankenmorden.....	16
Recherchen zu als jüdisch verfolgten Personen	19
Anhang - Quellen nach Standorten	20
Stadtarchiv Reichenbach	20
Unterschriften.....	20
Dokumente im Stadtarchiv Reichenbach	22
Auflistung der im Stadtarchiv Reichenbach gesichteten Akten.....	30
Quellen zu Schreiber im Bundesarchiv.....	33
Recherchen in weiteren Institutionen	36
Neuberin-Museum Reichenbach.....	36
Stadtarchiv Chemnitz.....	36
Kreisarchiv Zwickau	36
Historisches Archiv des Vogtlandkreises	36
Gedenkstätte Lager Mühlberg.....	36

Einleitung

Das Thema der namentlichen Ehrung des ehemaligen Oberbürgermeisters der Stadt Reichenbach im Vogtland, Otto Schreiber (1897 – 1946), ist in der Stadtgesellschaft seit Jahren bis zum heutigen Tag ein viel und hoch emotional diskutiertes.

Schreiber hatte das Oberbürgermeisteramt von 1935 bis zur Befreiung Reichenbachs durch die U.S. Army im April 1945 inne.

Zu Schreiber und seiner Rolle als Akteur im NS-Staat sowie seiner Beteiligung an der kampflosen Übergabe der Stadt an die Amerikaner gab es bereits Recherchen von unterschiedlichen Personen, Institutionen und Initiativen (u.a. Nachfahr:innen Schreibers, Nachfahr:innen von Euthanasieopfern, Heimatforschenden, Historiker:innen, Schüler:innen, Gedenkstätten¹, Presse).

Häufig basierten diese auf Oral History und/oder Sekundärquellen. Eine Übersicht zu den Originalquellen zu Schreibers Aktivitäten als Bürgermeister im Nationalsozialismus lag bisher nicht vor und war daher Inhalt des Auftrages, mit dem Ziel diese Quellen personenunabhängig, zur allgemeinen zukünftigen Nutzung verfügbar zu machen und damit zur Versachlichung der Debatte beizutragen.

Das Ziel der Zusammenstellung dieser Originalquellen war nicht, Urteile zu einzelnen Personen zu fällen oder eine finale Bewertung zum Thema abzugeben, sondern das (wenige) Vorhandene erstmalig zu bündeln.

Im Anhang des vorliegenden Berichts befindet sich daher eine Übersicht aller gesichteten Quellen, auch wenn einzelne keine Ergebnisse im zu untersuchenden Zusammenhang erbrachten, sowie eine fotografische Dokumentation ausgewählter Dokumente.

Hervorzuheben ist, dass umfangreiches Aktenmaterial aus der Zeit des Nationalsozialismus in dessen Endphase vernichtet wurde. So geht das Bundesarchiv z.B. im Fall von Patientenakten von ca. 40.000 vernichteten Akten aus, die Auskunft über die Krankenmorde im Rahmen der sog. T4 Aktion geben könnten.²

Die wichtigste quellenbewahrende Institution im interessierenden Zusammenhang ist das Stadtarchiv Reichenbach. Auch hier waren einige Akten aus der Zeit des Nationalsozialismus mit dem Vermerk „verschollen“ oder „nicht auffindbar“ versehen.

Zudem ging mit dem Ausscheiden der über Jahrzehnte tätigen Archivleiterin zu Beginn des Jahres 2025 ein Informations- und Wissensverlust zu den im Stadtarchiv verfügbaren Akten und deren Ordnung einher. Dieser Umstand wirkte sich verzögernd auf die Projektrecherchen aus.

Trotzdem erhielt die Berichtsautorin intensive Unterstützung durch die Sachgebietsleiterin Zentrale Dienste Frau Wunderlich und deren Mitarbeiterin Frau Elig, die sehr intensive und zeitaufwändige Recherchen nach den gewünschten Archivalien betrieben, so dass schließlich alle in den Findbüchern ermittelten Akten eingesehen werden konnten. Beiden sei an dieser Stelle herzlich gedankt

¹ Unter dem Titel „Wie erinnern? Sowjetische Verhaftungen 1945-1950 in der regionalen Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. Reichenbach/Vogtland“ hat die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora 2022 ein ausführliches pädagogisches Material für Schulklassen zum Thema veröffentlicht. Download: <file:///C:/Users/User/Downloads/Wie-erinnern--BMBF-1.pdf> (25.6.2024)

² Vgl.: <https://www.bundesarchiv.de/im-archiv-recherchieren/archivgut-recherchieren/nach-themen/euthanasie-im-dritten-reich/> (06.05.2025)

Dr. jur. Otto Schreiber

(5.10.1897 Köthen (Anhalt) – Speziallager Nr. 1 Mühlberg/Elbe 04.06.1946)



Foto des Dr. Otto Schreiber in der Personalakte der Stadtverwaltung Reichenbach, undatiert.³

Otto Karl Christian Schreiber wird am 5.10.1897 als Sohn eines Fleischermeisters in Köthen (Anhalt) geboren.⁴ Dort besucht er die Vorschule und das Gymnasium. Er wird 1916 an der Universität Leipzig immatrikuliert. Im Herbst 1916 tritt er als Soldat dem Ersten Weltkrieg bei. Er dient hier als Feldwebel. 1917 wird er verschüttet und verwundet und gerät am 2.9.1918 in englische Gefangenschaft. Er erhält die Kriegsauszeichnungen Eisernes Kreuz zweiter Klasse, das Ehrenkreuz für Frontkämpfer und das Verwundeten-Abzeichen.⁵

Nach seiner Entlassung aus der Gefangenschaft Ende des Jahres 1919 studiert er an der Universität Berlin drei Semester Volkswirtschaft und danach an der Universität Kiel, wo er am 7.5.1923 zum Doktor der Staatswissenschaften promoviert wird. Im Oktober 1923 tritt er als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in den Kommunaldienst der Stadt Köthen ein.⁶ Schreiber betätigt sich in dieser Zeit auch journalistisch in verschiedenen Zeitungen.⁷ In Ermangelung an Aufstiegschancen bewirbt er sich als Rechtsanwalt des Wirtschaftsverbandes Reichenbach im Vogtland und Umgebung. Er tritt diese Stelle im Juli 1924 an und bekleidet sie bis Ende August 1926. Ab 1.9.1926 wird er Stadtrat für die Wohlfahrtspflege in Reichenbach.⁸

Er ist hier als Dezernent des Wohnungsamtes und des Fürsorge- und Wohlfahrtsamtes (Armen-, Kleinrentner-, Sozialrentner-, Kinderreichen-, Wandererfürsorge, kostenlose Totenbestattung, Jugend-

³ Vgl. Stadtarchiv Reichenbach 50839 Personalakte Otto Schreiber (1926-1945).

⁴ Vgl. ebd.

⁵ Vgl. BArch R 9361 II 894533 NSDAP-Parteikorrespondenz, Personal-Blatt Otto Schreiber.

⁶ Vgl. ebd.

⁷ Vgl. „Stadtarchiv Reichenbach 50839 Personalakte Otto Schreiber (1926-1945)“.

⁸ Vgl. ebd.

und Gesundheitsamt, Amtsvormundschaft, Altersheim, Kinderheim, Jugendherberge, Wandererherberge, Amt für Leibesübungen) tätig.⁹

Am 21.5.1928 heiratet Schreiber Hertha Wagner (geb. 31.8.1907). Aus der Ehe gehen die beiden Kinder Ingeburg (geb. 19.5.1929) und Christine (geb. 26.7.1934) hervor.¹⁰

Ab Oktober 1930 wird er zusätzlich Dezernent des Steuer- und Vollstreckungsamtes sowie des Versicherungsamtes und des Stiftungsamtes.¹¹

Im März/April 1932 wird Schreiber, mit Antritt 1.9.1932 auf 6 Jahre, von den Stadtverordneten Reichenbachs zum Bürgermeister gewählt. Die Wiederwahl als Stadtrat erfolgt für 12 Jahre.¹² Er übernimmt damit auch die „[...] Handhabung der Sicherheitspolizei einschließlich der Verkehrspolizei [...]“.¹³

⁹ Vgl. „Stadtarchiv Reichenbach 50839 Personalakte Otto Schreiber (1926-1945)“, Zeugnis für Otto Schreiber, unterzeichnet am 5.1.1931 vom damaligen Oberbürgermeister Dr. Karl Kühn. Kühn schreibt hier, dass Schreiber auch ein „selbständiges Amt“ in einer größeren Stadt in leitender Funktion zuzutrauen sei. Zudem besäße Schreiber ein „[...] warmes Herz und soziales Verständnis für die von ihm betreuten Fürsorgebedürftigen.“ Außerdem bemerkt Kühn: „In seiner Arbeit ist er unermüdlich, zuverlässig und gründlich. Frei von allem Bürokratismus verfügt er über die Gabe, jede Aufgabe dort anzufassen, wo sie am besten und schnellsten erledigt wird. Besonders hervorzuheben ist die Tatsache, daß er streng darauf hält, daß die ihm unterstellten Abteilungen mit den haushaltsplanmäßigen zur Verfügung stehenden Mitteln auskommen.“ Dies unterstreicht Kühn in einem Beschluss vom 16.2.1931 (ebenfalls in der Personalakte Schreibers) in dem er schreibt, dass Schreiber „[...] stets bestrebt ist, mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln haushälterisch umzugehen, selbst auf die Gefahr hin, sich unpopulär zu machen.“

¹⁰ Vgl. „BArch R 9361 II 894533“.

¹¹ Vgl. „Stadtarchiv Reichenbach 50839 Personalakte Otto Schreiber (1926-1945)“.

¹² Vgl. ebd.

¹³ Ebd.

Exkurs: Die Ausschaltung des bisherigen OBM Dr. Karl Kühn

(*29.8.1879 Döben b. Grimma – Dresden 1960¹⁴[?])



Dr. Karl Kühn in der Beilage des Reichenbacher Tageblatt und Anzeiger vom 4.3.1932.

Der SPD-nahe Oberbürgermeister Reichenbachs, Dr. Karl Kühn, hatte sein Amt bereits seit 1926 inne.¹⁵

Noch im März 1932 wird er mit 21 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen auf weitere 12 Jahre wiedergewählt. Die Wahl soll bis Ende des Jahres 1944 gelten.¹⁶

Mit Beschluss vom 8.3.1933 ordnet der Ortsgruppenleiter der NSDAP Reichenbach, Felix Vieweg, an, dass der bisherige Oberbürgermeister Dr. Karl Kühn mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres beurlaubt wird.¹⁷ Mit der Weiterführung der Geschäfte des Oberbürgermeisters wird der Stadtverordnete Retschlag, ein überzeugter Nationalsozialist, beauftragt. Ihm beigeordnet werden die Stadtverordneten Floß und Dümichen sowie der Stadtrat Hallbauer. Der Bürgermeister Otto Schreiber wird mit der Stellvertretung des Ratsvorstandes beauftragt.¹⁸

¹⁴ <https://de.findagrave.com/memorial/238822643/karl-k%C3%BChn> (5.5.2025)

¹⁵ Vgl. Stadtarchiv Reichenbach II J III 616 Personalakte Dr. Karl Kühn (1926-1946).

¹⁶ Vgl. ebd.

¹⁷ Vgl. Stadtarchiv Reichenbach II A 100 Innerdienstliche Verordnungen und Umläufe des Oberbürgermeisters (1920-1940).

¹⁸ Vgl. ebd.

Eing. 9/III 33

B e s c h l u s s v o m 8. M ä r z 1 9 3 3 .

Ich ordne an:

- I. Herr Oberbürgermeister Dr. Kühn ist mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres beurlaubt. Diese Verfügung hat ihm Herr Stadtverordneter Dümichen in meinem Auftrage unter Zuziehung der Pgg. Hallbauer, Retschlag, Schlogel und des R.A. Dr. Schimmel mitzuteilen.
- II. Mit der Weiterführung der Geschäfte des Oberbürgermeisters wird Herr Stadtverordneter Retschlag beauftragt. Ihm obliegt die Vertretung des Ratsvorstandes in Sachen:
 - 1. der Finanzverwaltung und des Rechnungswesens, sowie der Vertretung der Stadtgemeinde bei der Reichenbacher Bank,
 - 2. der Verwaltung der Sparkasse,
 - 3. der Verwaltung des Gaswerks und des Eltwerks, weiter der Verwaltung des Stadtkrankenhauses,
 - 4. der Verwaltung des Schlachthofes,
 - 5. der Verwaltung des Kindererholungsheimes Sachsengrund,
 - 6. der Verwaltung des Beschaffungsamtes,
 - 7. der Verwaltung der Schulsachen einschl. aller Kollatur- und Patronatesachen,
 - 8. der Verwaltung der Industrie- und Handelsstiftung,
 - 9. der Stadtkapelle, des Stadttheaters und der Musikstiftung.
 Herrn Stadtverordneten Retschlag worden beigeordnet:
 - 1. Herr Stadtverordneter Floß zur selbständigen Erledigung der finanziellen Angelegenheiten mit ausschließlicher Zeichnungsbefugnis.
 - 2. Herr Stadtverordneter Dümichen zur selbständigen Erledigung der techn. Angelegenheiten im Gaswerk und im Eltwerk.
 - 3. Herr Stadtrat Hallbauer zur selbständigen Bearbeitung der Angelegenheiten des Schlachthofes und des Stadtkrankenhauses.
- III. Herr Bürgermeister Dr. Schreiber wird mit der Stellvertretung des Ratsvorstandes in Sachen
 - 1. der allgemeinen Verwaltung und Geschäftsleitung, 000022
 - 2. der Vorfassungssachen,
 - 3. des Verkehrs mit den Stadtverordneten,
 - 4. des Personal- und Bestellamtes
 beauftragt.
- IV. Herr Ratsassessor Behr wird weiterhin die Angelegenheiten, die ihm bisher übertragen waren (vergl. Geschäftsverteilungsplan vom 1. Sept. 1932) bearbeiten. Weiterhin wird er mit der Verwaltung der gesamten Polizeiaufgaben betraut. Insoweit wird Herrn Bürgermeister Dr. Schreiber seine Amtsbefugnis entzogen. (Vergl. Nr. 5, 6, 7, 8, 9 des Geschäftsverteilungsplans).
- V. Der 3. Ratsabteilung wird Herr Stadtverordneter Dümichen beigeordnet. Er teilt seine Befugnis mit Herrn Baurat Müller.
- VI. Diese Anordnung treffe ich auf Grund der Verfügung des Reichsministers Göring und des Reichskommissars Manfred von Villingen als Kommissar für Sachsen vom 8.3.1933.

Reichenbach i. V., den 8. März 1933.

O.G.L. der N.S.D.A.P.
gen. Felix Vieweg.

Beschluss der Ortsgruppenleitung der NSDAP vom 8.3.1933¹⁹

¹⁹ Vgl. ebd.

Am 10.4.1933 wird Dr. Karl Kühn in Schutzhaft genommen. Im Reichenbach Tageblatt und Anzeiger vom 12.4.1933 ist dazu zu lesen: „Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, wurde in der vergangenen Nacht im „Volkshaus“ über den Wiederantritt des Herr Oberbürgermeisters Dr. Kühn im Beisein des Herrn Kreiskommissars Heß – Zwickau verhandelt. Herr Oberbürgermeister Dr. Kühn wird voraussichtlich in allernächster Zeit seinen Dienst wieder antreten unter der Beiordnung eines Kommissars. Hierdurch dürfen in der Stadt umlaufende Gerüchte ihre Erledigung finden.“²⁰

Am 16.4.1933 informiert das Blatt weiter wie folgt: „Aus der Ratssitzung vom 13. April ds. Js. wird uns mitgeteilt, daß der Rat davon Kenntnis genommen hat, daß Herr Oberbürgermeister Dr. Kühn durch Verordnung der Kreishauptmannschaft und des Kommissars vom 10.4.1933 wieder in sein Amt eingesetzt worden ist und daß durch die Verfügung der gleichen Stelle vom 11.4.1933 Herr Stadtv. Studienrat Retschlag als Beigeordneter bestellt wird.“²¹

In ihrer Sitzung am 16.8.1933 beschließen die Stadtverordneten des Stadtrates Reichenbach einstimmig den Oberbürgermeister Karl Kühn, „[...] auf Grund von § 4 bzw. § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933 im Interesse des Dienstes in den Ruhestand zu versetzen und ihn nach Beendigung seines Sommerurlaubes am 20. September ds. Js. bis zur endgültigen Durchführung des Verfahrens zu beurlauben.“²²

Als Begründung hierfür wird unter anderem angegeben, dass Kühn in der Weinstube Hummitzsch in Reichenbach zwischen dem 1. und 4. März gesagt habe, „[...] wenn Hitler spräche, so klänge das genauso, als ob ein Abortdeckel abgehoben würde.“²³ Zudem habe Kühn „[...] in den vergangenen Jahren nichts unversucht gelassen, die nationalsozialistischen Stadtverordneten zu bedrücken und unmöglich zu machen. Z.B. versuchte er unter Anwendung bedenklichster Mittel, den Stadtrat Retschlag, einen seiner geistigen Gegner, aus seiner Stellung zu bringen [...]. – Noch im Januar – Februar des Jahres verweigerte Herr Oberbürgermeister Dr. Kühn der NS-Fraktion einige Sitze über die normale Zahl im Verwaltungsrat des Eltwerkes²⁴ und des Gaswerkes, weil die Nationalsozialisten eine politische Partei seien. [...]“²⁵ Schließlich wird konstatiert: „Herr Oberbürgermeister Kühn hat durch sein Verhalten während all der vergangenen Jahre gezeigt, daß er den Nationalsozialismus vollkommen ablehnt. Dagegen hat er, solange es nur irgend ging, mit der SPD sehr eng zusammengearbeitet.“²⁶ Die gesamten Stadtverordneten und Stadträte der NSDAP verweigern die weitere Zusammenarbeit mit Kühn und drohen, sofort von ihren Ämtern zurückzutreten, sollte Kühn nach der Rückkehr aus seinem Urlaub wieder in sein Amt gelangen.²⁷

Mit dem Beschluss der Beurlaubung des bisherigen Oberbürgermeisters Karl Kühn, wird Otto Schreiber als Stellvertreter des Ratsvorstandes in Sachen allgemeine Verwaltung und Geschäftsleitung, Verfassungssachen, Verkehr mit den Stadtverordneten sowie des Personal- und Bestellamts beauftragt.²⁸

²⁰ Notiz unter: „Aus Sachsen und Umgebung / Reichenbach i.V.“; in: Reichenbacher Tageblatt und Anzeiger vom 12.04.1933.

²¹ Notiz unter: „Aus Sachsen und Umgebung / Reichenbach i.V.“; in: Reichenbacher Tageblatt und Anzeiger vom 16.04.1933.

²² Vgl. „Stadtarchiv Reichenbach II J III 616 Personalakte Dr. Karl Kühn (1926-1946)“.

²³ Vgl. ebd.

²⁴ Anm.: Eltwerk = Elektrizitätswerk Reichenbach

²⁵ Vgl. „Stadtarchiv Reichenbach II J III 616 Personalakte Dr. Karl Kühn (1926-1946)“.

²⁶ Vgl. ebd.

²⁷ Vgl. ebd., S. 142–143 Schreiben der Fraktionsführer der Stadtverordneten und Stadträte der NSDAP an den Rat der Stadt Reichenbach.

²⁸ Vgl. „Stadtarchiv Reichenbach II A 100 Innerdienstliche Verordnungen und Umläufe des Oberbürgermeisters (1920-1940)“.

Der Beschluss des Stadtrates, Kühn bis auf Weiteres zu beurlauben, seines Amtes zu entheben und in den Ruhestand zu versetzen, wird diesem mit Schreiben vom 19.9.1933 von Otto Schreiber mitgeteilt.²⁹

Im „Bericht über die Tätigkeit der Reichenbacher Stadtverwaltung vom 1. April 1933 bis 31. März 1934“ ist zu lesen, dass der „Oberbürgermeister Dr. Kühn aufgrund eines Vertrages mit dem Rat der Stadt Reichenbach“ am 31.12.1933 aus städtischen Diensten in den Ruhestand übergetreten sei.³⁰ Kühn verzieht zum Ende des Jahres 1933 nach Dresden. Und führt dort vermutlich zunächst eine eigene Rechtsanwaltskanzlei. Ab Februar 1942 wird er halbtags als juristischer Hilfsarbeiter beim Regierungspräsidenten zu Dresden-Bautzen, Wilhelm Schepmann, dienstverpflichtet, was ihm nach eigener Aussage, das Fortführen seiner Kanzlei verunmöglicht.³¹

Am 1.5.1933 tritt Otto Schreiber der NSDAP (Mitgliedsnummer: 3546615) bei.³² Bei der SA übt er das Amt eines Obertruppführers aus.³³ Am 28.3.1934 wird Schreiber (bisher 2. Bürgermeister) in einer nicht öffentlichen Sitzung einstimmig zum Bürgermeister und Ratsvorstand der Stadt Reichenbach gewählt.³⁴

Aufgrund der Verordnung zur Durchführung der Deutschen Gemeindeordnung vom 22.3.1935 darf Schreiber ab dem 1.4.1935 offiziell die Amtsbezeichnung „Oberbürgermeister“ tragen.³⁵

Seit 1935 werden die (Ober-)Bürgermeister nicht mehr gewählt, sondern von der örtliche NSDAP-Kreisleitung vorgeschlagen und eingesetzt. Grundlage bildet die „Deutsche Gemeindeordnung“, die am 30.1.1935 in Kraft tritt.³⁶ Die Gemeindeverwaltungen werden nun nach dem „Führerprinzip“ strukturiert. Zentraler Befehlshaber ist Adolf Hitler. In §32 heißt es, dass der Bürgermeister die Verwaltung in „voller und ausschließlicher Verantwortung“ führt.³⁷

Zudem ist der Bürgermeister Dienstvorgesetzter aller Beamten, Angestellten und Arbeiter der Gemeinde, die er anstellt und entlässt.³⁸ „Zur Sicherung des Einklangs der Gemeindeverwaltung mit der Partei wirkt der Beauftragte der NSDAP bei bestimmten Angelegenheiten mit.“³⁹ Dieser Beauftragte beruft „im Benehmen mit dem Bürgermeister die Gemeinderäte“. Dabei sei u.a. auf nationale Zuverlässigkeit zu achten.⁴⁰

²⁹ Vgl. „Stadtarchiv Reichenbach II J III 616 Personalakte Dr. Karl Kühn (1926-1946)“.

³⁰ Vgl. Stadtarchiv Reichenbach II A 83 Jahresberichte der Stadtverwaltung (1933-1934).

³¹ Vgl. „Stadtarchiv Reichenbach II J III 616 Personalakte Dr. Karl Kühn (1926-1946)“.

³² Vgl. BArch R 9361-VIII Kartei / 21061018 NSDAP-Zentralkartei, Schreiber, Otto, Mitgliedsausweis NSDAP.

³³ Vgl. „BArch R 9361 II 894533“.

³⁴ Vgl. „Stadtarchiv Reichenbach 50839 Personalakte Otto Schreiber (1926-1945)“.

³⁵ Vgl. ebd.

³⁶ Vgl. Reichsgesetzblatt 1935 Nr. 6 Die Deutsche Gemeindeordnung. URL:

<https://www.reichsgesetzblatt.de/D/RGBl-D/index.htm> (15.05.2025).

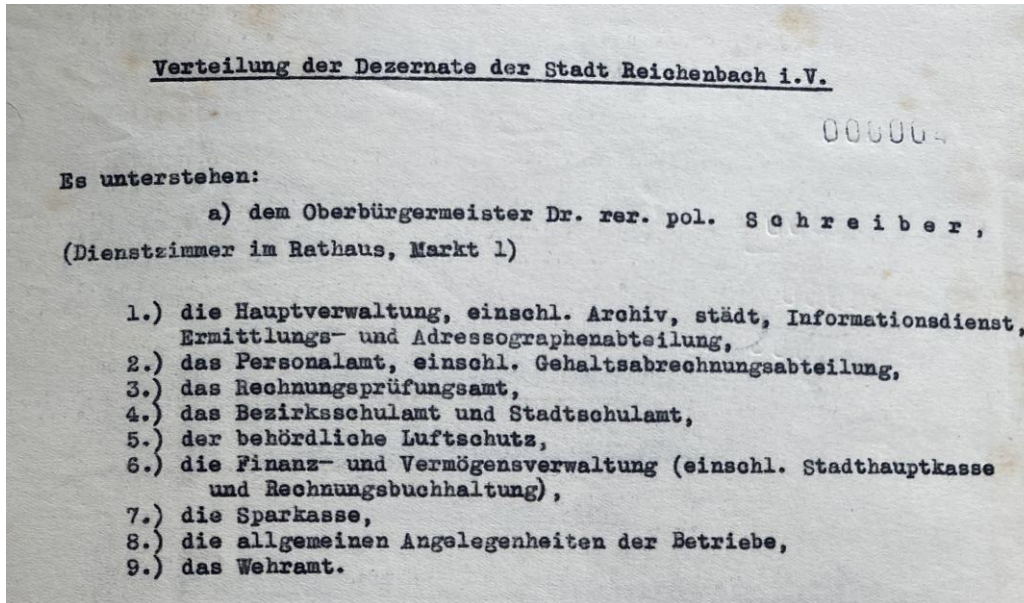
³⁷ Ebd.

³⁸ Vgl. ebd.

³⁹ Ebd.§ 6 (2).

⁴⁰ Vgl. ebd.§ 51 (1).

Als Oberbürgermeister Reichenbachs unterstehen Otto Schreiber die folgenden Dezernate:



Aus: „Verteilung der Dezernate der Stadt Reichenbach i.V.“, 1937.⁴¹

Im November 1939 erhält Otto Schreiber die „Medaille zur Erinnerung an den 1.10.1938“.⁴²

Im Januar 1941 erhält er das Luftschutz-Ehrenzeichen II. Stufe, im Januar 1942 das Kriegsverdienstkreuz zweiter Klasse. Im November 1944 nimmt Schreiber an einem Lehrgang des Deutschen Volkssturms Gauleitung Sachsen teil.⁴³

Als der Bürgermeister Dr. Horst Langbein im April 1942 vom Reichsminister des Inneren für eine „Sonderaufgabe“ zum Oberbürgermeister der Stadt Lübeck abgeordnet wird, übernimmt Schreiber bis zur Rückkehr Langbeins im Oktober 1942 dessen sämtliche Dezernate.⁴⁴

Am 12.4.1945 wird Major Enders vom Landeschützen-Bataillon 383 zum Kampfkommandant der Stadt ernannt. Oberbürgermeister Otto Schreiber ist nur noch für die zivile Verwaltung zuständig.⁴⁵ Am 16./17. März fährt Enders mit den durchziehenden deutschen Einheiten ins ca. 20 km entfernte Auerbach. Er plant am nächsten Vormittag nach Reichenbach zurückzukehren. Die amerikanische Artillerie rückt inzwischen weiter nach Reichenbach vor.⁴⁶ Als Enders am Vormittag nicht zurückkehrt, fährt Schreiber mit dem Polizeileutnant Schreiner und dem Feuerwehr-Unterführer Thoß den amerikanischen Truppen in Richtung Greiz entgegen. Um 13.00 Uhr übergeben sie die Stadt an die U.S. Army und verhindern so deren Bombardierung.⁴⁷

⁴¹ Vgl. Stadtarchiv Reichenbach II A 104 Geschäftsverteilungsplan der Stadtverwaltung Reichenbach vom 1.3.1937.

⁴² Adolf Hitler stiftete diese Medaille zur Anerkennung für Verdienste um die Besetzung und „Wiedereingliederung“ des zur Tschechoslowakei gehörenden Sudetengebietes. Ab Mai 1939 wurde die Medaille auch an Personen verliehen, die sich anlässlich der Annexion des sog. Protektorat Böhmen und Mähren verdient gemacht hatten.

⁴³ Vgl. „Stadtarchiv Reichenbach 50839 Personalakte Otto Schreiber (1926-1945)“.

⁴⁴ Vgl. Stadtarchiv Reichenbach Personalakte Horst Langbein (1933-1945).

⁴⁵ Vgl. Stadtverwaltung Reichenbach im Vogtland (Hg.): Zur Geschichte der Stadt Reichenbach im Vogtland; Reichenbach 2012, S. 67.

⁴⁶ Vgl. ebd., S. 68.

⁴⁷ Vgl. ebd. Schreibers Rolle bei der Übergabe der Stadt ist aus unterschiedlichen Perspektiven in entsprechend unterschiedlichen Varianten überliefert. Sie wird hier nicht vertiefend behandelt, da sie nicht Teil des Auftrages ist.

Am 25. Mai 1945 wird Schreiber als Oberbürgermeister abgesetzt. Sein Amt übernimmt nun der Rechtsanwalt Dr. Fugmann. Auch die Ratsherren werden durch neue Personen ersetzt.⁴⁸

Nachdem sich die amerikanischen Truppen Anfang Juli 1945 aus dem westlichen Sachsen zurückgezogen hatten, wird Otto Schreiber am 19.7.1945 von der Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) festgenommen. Er wird zunächst in das Speziallager Bautzen und am 9.10.1945 in das Speziallager Mühlberg/Elbe verbracht.⁴⁹

Mit Schreiben vom 15.9.1945 erhält Schreiber vom nun amtierenden Oberbürgermeister Dr. Fugmann die Nachricht, dass sich seine Beurlaubung „mit Rücksicht auf die Verordnung der Landesverwaltung Sachsen vom 17.8.1945 – Bereinigung des Beamtenkörpers ...“ erledigt habe und er mit dem heutigen Tage aus dem Verwaltungsdienst entlassen sei. Versorgungsbezüge oder ähnliche Ansprüche stünden ihm nicht zu.⁵⁰

Schreiber verstirbt am 4. Juni 1946 unter bisher ungeklärten Umständen im Speziallager Nr. 1 Mühlberg/Elbe. Ein Haftgrund ist nicht überliefert.^{51 52}

⁴⁸ Vgl. ebd., S. 69.

⁴⁹ Vgl. Schneider, Rolf: Rolf Schneider (geb. 1929), Bericht über seinen Aufenthalt im Speziallager Mühlberg; Reichenbach im Vogtland 2017. URL: <http://www.lager-muehlberg.de/content/RolfSchneider1929.pdf> (07.07.2025).

⁵⁰ Vgl. Neuberin-Museum Reichenbach: Inv.Nr. 7S/P153 2059 a Kopie eines Schreibens des Oberbürgermeisters der Stadt Reichenbach an Stadtrat Dr. Otto Schreiber.

⁵¹ Vgl. Lager Mühlberg 1939 - 1948. URL: http://www.lager-muehlberg.de/content/biographien.html#spezlag_s.

⁵² Auf Anfrage der Berichtsautorin per E-Mail, informiert Uwe Steinhoff (Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V.) am 6.7.2025, dass es sich bei der Initiativgruppe Lager Mühlberg um einen Zusammenschluss interessierter Privatpersonen handele, die über kein umfangreicheres Archiv verfügen. Vorhanden seien lediglich die Transportjournale und Sterbelisten des NKWD-Speziallagers Nr. 1. Zu Schreiber sind hierin nur die Eingangs- und Sterbedaten überliefert.

Das Thema Speziallager Mühlberg wird in der Dauerausstellung des "Museums Mühlberg 1547" thematisiert:

<https://www.museumsverbund->

[ikee.de/Entdecken/index.php?object=tx,3014.1&ModID=9&FID=3014.4.1&NavID=3014.5.1](https://www.museumsverbund-ikee.de/Entdecken/index.php?object=tx,3014.1&ModID=9&FID=3014.4.1&NavID=3014.5.1) (07.07.2025).

Weitere NS-Akteure

Dr. jur. Horst Langbein

(4.12.1902 Neuhausen im Erzgebirge – Limbach-Oberfrohna 1982⁵³)



Stadtarchiv Reichenbach: Foto des Dr. Horst Langbein in dessen Personalakte.

Johannes Gerhard Horst Langbein wird am 4.12.1902 als Sohn des Arztes Dr. med. Johannes Langbein in Neuhausen im Erzgebirge geboren. Er besucht das Gymnasium in Freiberg (Sachsen) und studiert Jura in Dresden, wo er im Sommer 1931 das Zweite Staatsexamen ablegt. Ab Dezember 1931 bis Dezember 1933 ist er in der Stadtverwaltung Freiberg (Sachsen) tätig.⁵⁴ Mitte Dezember 1933 wechselt er auf Veranlassung der NSDAP als Stadtrechtsrat nach Reichenbach,⁵⁵ wo er am 1.4.1934 auch zum Stadtrat gewählt wird.⁵⁶ Im gleichen Jahr heiratet er Franziska Hausen (1906-1989). Zwischen 1935 bis 1943 bekommt das Paar fünf Kinder.

In seiner Bewerbung zum Bürgermeister vom 15.10.1935 gibt Langbein an, er sei der NSDAP „erst“ im April 1933 beigetreten, wenngleich er aber schon zuvor immer nationalsozialistisch gedacht habe.⁵⁷ Auf der Universität sei er zudem Waffenstudent gewesen, seit 2 Jahren gehöre er aktiv der S.A. (Sturm 2/134) an. Auch in seinem Beruf sei er bestrebt, jederzeit als SA-Mann zu denken und zu

⁵³ Vgl. Stammbaum Horst Langbein auf www.ancestry.de (07.07.2025).

⁵⁴ Vgl. „Stadtarchiv Reichenbach Personalakte Horst Langbein (1933-1945)“.

⁵⁵ Vgl. „Stadtarchiv Reichenbach II A 83 Jahresberichte der Stadtverwaltung (1933-1934)“.

⁵⁶ vgl. „Stadtarchiv Reichenbach Personalakte Horst Langbein (1933-1945)“.

⁵⁷ Vgl. ebd.

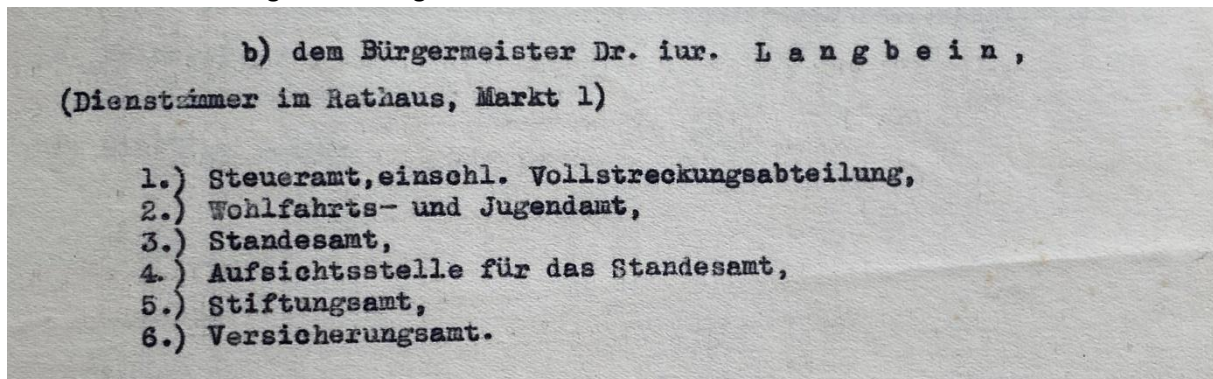
handeln. Sein Vater, so Langbein weiter, sei seit 1930 Parteigenosse und nun Kreisamtsleiter für das Amt für Volksgesundheit im Bezirk Freiberg (Sachsen). Auch seine Stiefmütter und Brüder sind in nationalsozialistischen Organisationen aktiv.⁵⁸

In einer Beurteilung der NSDAP-Kreisleitung ist zu lesen: „Dr. Langbein ist politisch einwandfrei und setzt sich auch sehr für die Partei ein.“⁵⁹

Als Parteimitglied ist Langbein ab dem 1.5.1933 unter der Mitgliedsnummer 2415650 verzeichnet. Bei der SA bekleidet er die Position eines Scharführers.⁶⁰ 1933 wird Langbein zum Treuhänder über die beschlagnahmten kommunistischen und marxistischen Vermögen bestellt.⁶¹

Ab 1935 wird er durch in Kraft treten der Deutschen Gemeindeordnung Beigeordneter⁶² und ab dem 1.4.1936 erster hauptamtlicher Beigeordneter (Bürgermeister).⁶³

1937 unterstehen Langbein die folgenden Dezernate:



Aus: „Verteilung der Dezernate der Stadt Reichenbach i.V.“, 1937.⁶⁴

Als der hauptamtliche Beigeordnete Stadtrat Bernhard Hummitzsch im November 1941 zur Wehrmacht einberufen wird, wird Langbein von Oberbürgermeister Schreiber auch die Verwaltung der Sicherheits- und Verkehrspolizei in persönlicher Leitung und Eigenverantwortung übertragen.⁶⁵

Im April 1942 wird Langbein vom Reichsminister des Inneren (Wilhelm Frick) für eine „Sonderaufgabe“⁶⁶ zum Oberbürgermeister der Stadt Lübeck abgeordnet. Langbein fungiert hier als Leiter der Quartiersamtsabteilungen „Aussenhelferstelle“, „Schlichtungsstelle“ und „Verbindungsstelle zum Amt für kriegswichtigen Einsatz“, das sich in Hamburg befindet und Luftschutzmaßnahmen, Trümmerräumungen sowie die Ersatzwohnraum-Beschaffung organisiert.⁶⁷

Ab dem 5.10.1942 ist Langbein wieder in Reichenbach tätig. Im Dezember 1942 wird er zur Wehrmacht einberufen.

⁵⁸ Vgl. ebd.

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Ebd.

⁶² Vgl. Stadtarchiv Reichenbach II A 85 Jahresberichte der Stadtverwaltung für das Jahr 1935/36.

⁶³ Vgl. Stadtarchiv Reichenbach II H I 34 Niederschriften über die Beratungen mit dem Beirat für die Finanz- und Vermögensverwaltung. (1935-1940): „Verzeichnis über die Beigeordneten und die Ratsherren der Stadt Reichenbach i.V. ab 6. Okt. 1935 bis 30. Sept. 1941“.

⁶⁴ Vgl. „Stadtarchiv Reichenbach II A 104 Geschäftsverteilungsplan der Stadtverwaltung Reichenbach vom 1.3.1937“.

⁶⁵ Vgl. „Stadtarchiv Reichenbach Personalakte Horst Langbein (1933-1945)“.

⁶⁶ Es ist zu vermuten, dass Langbeins Abordnung nach Lübeck in Zusammenhang mit dem erfolgreichen Luftangriff auf die Stadt durch die Royal Air Force am 29.3.1942 stand.

⁶⁷ Vgl. „Stadtarchiv Reichenbach Personalakte Horst Langbein (1933-1945)“.

Zu Beginn der 1950er Jahre ist Langbein als Sachbearbeiter der Rechtsabteilung des VVB Metallwaren Chemnitz angestellt.⁶⁸ Ab bisher ungeklärtem Zeitpunkt bis zu seiner Verrentung im Dezember 1967 ist Langbein als Stadtrat und stellvertretender Bürgermeister in Limbach-Oberfrohna tätig.⁶⁹

Bernhard Hummitzsch

(2.3.1903 Netzschkau - ???)



Stadtarchiv Reichenbach: Foto des Bernhard Hummitzsch in dessen Personalakte.

Bernhard Hummitzsch wird am 2.3.1903 in Netzschkau im Vogtland als Sohn des Gastwirtes Bernhard Hummitzsch und dessen Frau Linda Martha, geb. Hartig, geboren.⁷⁰ Er legt sein Abitur 1922 in Plauen ab und lernt von 1922 bis 1924 bei der Allgemeinen deutschen Credit-Anstalt in Werdau und in Greiz. Von 1924 bis 1925 ist er als Bankbeamter in Reichenbach tätig. Danach studiert er Rechtswissenschaften in Jena, Freiburg und Leipzig, wo er 1928/29 die erste juristische Staatsprüfung besteht. In der Folge ist er an verschiedenen Gerichten und Anwaltskanzleien u.a. in Zittau, Zwickau und Reichenbach tätig. 1919 tritt er dem damaligen Deutsch-Nationalen Jugendbund in Plauen bei, im Jahr darauf wird er dessen 2. Vorsitzender. In seiner Tätigkeit knüpft er Verbindungen zu deutsch-völkischen Vereinen des Egerlands. Auch im alldeutschen Verband in Plauen betätigte sich Hummitzsch nach eigener Aussage ohne hier jedoch Mitglied zu sein. 1924 tritt er in Reichenbach der „Reichsflagge“ bei.⁷¹ Am 5.10.1933 wird Hummitzsch SA-Mitglied.⁷²

Am 11.9.1933 wird er zunächst aushilfsweise als jur. Hilfsarbeiter für den am 31.8.1933 „abgegangenen“ Ratsassessor Rudolf Behr eingestellt. Er soll hier allen Abteilungen für Rechtsfragen

⁶⁸ Vgl. Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Chemnitz, 30902 VVB (Z) Werkzeugmaschinen und Werkzeuge, Chemnitz, 506 Personalakte Horst Langbein (1950 - 1951).

⁶⁹ Vgl. „Stadtarchiv Reichenbach Personalakte Horst Langbein (1933-1945)“.

⁷⁰ Vgl. Stadtarchiv Reichenbach Personalakte Bernhard Hummitzsch.

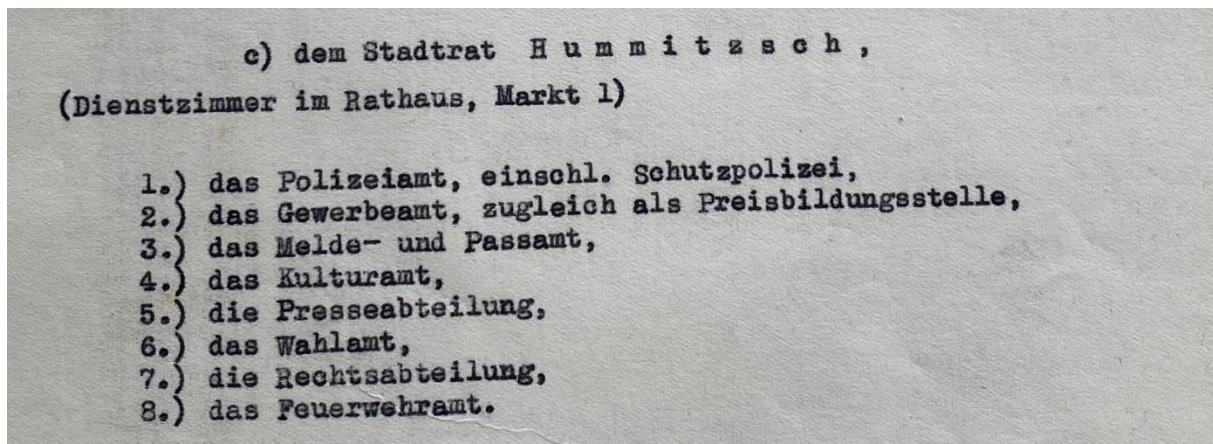
⁷¹ Vgl. ebd.

⁷² Vgl. ebd.

zur Verfügung stehen und zunächst im Polizeiamt, Steueramt und Grundstücksamt unter Leitung der Dezernenten tätig werden.⁷³ 1933 wird ihm selbständig die polizeiliche Zwangsverwaltung „der im Laufe der nationalen Revolution beschlagnahmten Vermögen der Linksverbände“⁷⁴ übertragen. Mit Wirkung vom 1.4.1935 wird Hummitzsch Städtischer Rechtsrat in Reichenbach. Im Zuge dessen werden ihm nahezu alle Gebiete des Polizeiwesens zur „selbständigen Erledigung übertragen“.⁷⁵ Auch das im Jahr 1935 neu eingerichtete Presseamt und das Arbeitsgebiet „Luftschutzfragen“ werden ihm unter der Oberleitung des unterzeichneten Oberbürgermeisters (Otto Schreiber) übertragen. Von 1933 bis 1935 lernt Hummitzsch auch das Wohlfahrtsamt kennen. National, so Oberbürgermeister Otto Schreiber, sei Hummitzsch unbedingt zuverlässig.⁷⁶

1937 wird Bernhard Hummitzsch auf Vorschlag des Beauftragten der NSDAP zum hauptamtlichen Beigeordneten der Stadt Reichenbach ernannt.⁷⁷ Ihm wird die selbständige Bearbeitung der Verkehrs- und Sicherheitspolizei übertragen.⁷⁸

Insgesamt unterstehen Hummitzsch ab 1937 die folgenden Dezernate:



Aus: „Verteilung der Dezernate der Stadt Reichenbach i.V.“, 1937.⁷⁹

Im November 1941 wird Hummitzsch zur Wehrmacht eingezogen.

⁷³ Vgl. ebd.

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ Vgl. ebd. S. 36.

⁷⁶ Vgl. ebd.

⁷⁷ Vgl. ebd., S. 69.

⁷⁸ Vgl. „Stadtarchiv Reichenbach Personalakte Bernhard Hummitzsch“.

⁷⁹ Vgl. „Stadtarchiv Reichenbach II A 104 Geschäftsverteilungsplan der Stadtverwaltung Reichenbach vom 1.3.1937“.

Recherchen zu Opfern von Zwangssterilisationen und Krankenmorden

Die folgenden Ausführungen basieren auf den Recherchen im Stadtarchiv Reichenbach.

Hier befinden sich neben den Akten der Stadtverwaltung zu Zwangssterilisationen auch Kopien von Patient:innenakten von Menschen, die in Reichenbach und Umgebung geboren wurden und/oder lebten und Opfer von Zwangssterilisationen und Krankenmorden wurden.⁸⁰

Die Gedenkstätte Pirna Sonnenstein verzeichnet 27 Personen mit Geburts- oder letztem Wohnort Reichenbach, die alle 1940 oder 1941 in Pirna Sonnenstein ermordet wurden.⁸¹

Sie waren zuvor in der Landes-Heil- und -Pflegeanstalt Untergöltzsch untergebracht. Im Zuge der sogenannten Aktion T4⁸² wurden die Patient:innen meist nach Zschadraß oder Großschweidnitz, die als Zwischenanstalten fungierten, transportiert und von dort nach Pirna-Sonnenstein verbracht, wo sie mit Kohlenmonoxid ermordet wurden.⁸³

Häufig befindet sich am Ende der Akten lediglich ein Stempel mit Datum „Am [...] in eine andere Anstalt verlegt.“⁸⁴, wobei das Verlegungsdatum in der Regel der Todestag ist. Der Todestag der Standesämter ist meist gefälscht.⁸⁵

Die Reichenbacher Bürgerin E.K. wird im Dezember 1937 in die Heilanstalt Leipzig-Dösen verbracht. In ihrer Patientinnenakte ist vermerkt, dass sie am 6.4.1939 „[...] laut Schreiben v. Oberbürgerm. d. Stadt Reichenbach – mit dem Auto abgeholt und nach Untergöltzsch verlegt [...]“ wird.⁸⁶ Am 4.10.1940 wird sie nach Zschadraß „entlassen“.⁸⁷

Der letzte Aktenvermerk lautet wie folgt:

⁸⁰ Die Originalakten befinden sich im Bundesarchiv. Kopien dieser Akten wurden am 3.7.2006 an das Stadtarchiv Reichenbach übergeben. Im Zuge dieser Übergabe wurde eine Erinnerungstafel im Stadtarchiv angebracht. Vorausgegangen war ein Forschungsprojekt von Schüler:innen des Clara-Wieck-Gymnasiums in Zwickau zu Zwangssterilisationen und „Euthanasie“-Verbrechen im Nationalsozialismus im Raum Zwickau. <https://www.euthanasie-ausstellung.de/index.php?site=home> (8.5.2025). Die Kopien können im Stadtarchiv Reichenbach nach Genehmigung durch das Bundesarchiv unter bestimmten Auflagen eingesehen werden. (Schreiben des Bundesarchivs, Nicole Jakobi vom 26.5.2025. Dokumentiert im Anhang dieses Berichts.)

⁸¹ Vgl. Stadtarchiv Reichenbach: Ausdruck aus der Datenbank der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein. Liegt dem Archivkarton mit den Kopien aus dem Bundesarchiv Bestand R 179 bei.

⁸² Aktion T4 ist eine nach 1945 gebräuchlich gewordene Bezeichnung für den systematischen Massenmord an mehr als 70.000 Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen in Deutschland von 1940 bis 1941 unter Leitung der Zentraldienststelle T4. Diese Morde waren Teil der Krankenmorde in der Zeit des Nationalsozialismus, denen bis 1945 über 200.000 Menschen zum Opfer fielen.

„T4“ ist die Abkürzung für die Adresse der damaligen Zentraldienststelle T4 in Berlin: Tiergartenstraße 4. (https://de.wikipedia.org/wiki/Aktion_T4) (20.5.2025)

⁸³ Vgl. Sächsisches Krankenhaus Rodewisch - Geschichte. URL: <https://www.skh-rodewisch.sachsen.de/geschichte2/> (29.05.2025).

⁸⁴ Vgl. u.a. Stadtarchiv Reichenbach Aktenkopie BArch R 179/9121 Krankengeschichte der Landes-Heil- und -Pflegeanstalt Untergöltzsch.

⁸⁵ Vgl. Stadtarchiv Reichenbach: Ausdruck Tabelle „Euthanasieopfer Legende zu den Merkmalen der Opferdatei der Einrichtungen“ der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein. Liegt dem Archivkarton mit den Kopien aus dem Bundesarchiv Bestand R 179 bei.

⁸⁶ Vgl. Stadtarchiv Reichenbach Aktenkopie BArch R 179/4893 Krankengeschichte der Landes-Heil- und -Pflegeanstalt Untergöltzsch.

⁸⁷ Vgl. ebd.

„Landesanstalt Zschadraß, den 10.2.41
Heute wurde die Kranke K., E.
aus Reichenbach
in eine andere Anstalt verlegt. Benachrichtigt wurden:
Oberbürgermeister Reichenbach/Vogtl.
Herr E.K. Reichenbach [REDACTED]“
[ohne Unterschrift]
E.K. wird in Sonnenstein ermordet.

Der Ehemann einer ermordeten Frau aus Treuen wird von der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Sonnenstein zum Tod seiner Frau wie folgt informiert:
„Zu unserem Bedauern müssen wir Ihnen mitteilen, daß Ihre Gattin, Frau L.B., die vor kurzem auf ministerielle Anordnung gemäß Weisung des Reichsverteidigungskommissars in unsere Anstalt verlegt wurde, am 17. Januar plötzlich infolge Herzschlags verstorben ist.
Aufgrund behördlicher Anordnungen, die mit Kriegsmaßnahmen in Verbindung stehen, wurde seitens der hiesigen Ortspolizeibehörde gemäß § 22 die sofortige Einäscherung sowie Desinfektion des Nachlasses verfügt, um eine Verschleppung und den Ausbruch übertragbarer Krankheiten zu verhindern. Der Einverständniserklärung der Angehörigen bedarf es in diesem Fall nicht.“⁸⁸

Bereits am 1.1.1934 tritt das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ in Kraft.
Es dient der „Unfruchtbarmachung“ vermeintlich „Erbkranker“ und Alkoholiker.⁸⁹

Am 19.11.1935 schreibt der „Oberbürgermeister der Stadt Reichenbach i.V.“ mit dem handschriftlichen Vermerk „Streng vertraulich!“ an die „Verwaltung des Bezirksheimes Wiesen“ in Wiesenburg/Sachsen:
„Der auf unsere Kosten dort untergebrachte PK ist unfruchtbar zu machen.“
Der Beschluss folge dem Erbgesundheitsgericht und dem Beschluss des Amtsarztes des Gesundheitsamtes Plauen. Und weiter: „Ich ersuche, Krug in den nächsten Tagen dem Heinrich-Braun-Krankenhaus in Zwickau zuzuführen. Die entstehenden Kosten trage ich. [...]“
Das Dokument unterzeichnet mit:

„Der Oberbürgermeister.
I.V.
H. Langbein [handschriftlich]
Stadtrat“⁹⁰

⁸⁸ Vgl. Stadtarchiv Reichenbach Aktenkopie BArch R 179 [ohne Signatur] Krankengeschichte der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Untergöltzsch.

⁸⁹ Die Verfahren zur Sterilisation wurden durch Gutachten von sogenannten Erbgesundheitsgerichten legalisiert. Sie wurden auf Antrag (des Betroffenen, überwiegend aber des beamteten Arztes oder „für die Insassen einer Kranken-, Heil- oder Pflegeanstalt oder einer Strafanstalt“ des Anstaltsleiters) durchgeführt. Über den Antrag entschieden Erbgesundheitsgerichte, die einem Amtsgericht angegliedert waren. So wurden die Zwangssterilisationen legalisiert. Für Menschen aus Reichenbach fällt das Erbgesundheitsgericht in Plauen das Urteil zur Zwangssterilisation.

⁹⁰ „Stadtarchiv Reichenbach Aktenkopie BArch R 179/9121 Krankengeschichte der Landes-Heil- und - Pflegeanstalt Untergöltzsch“.

PK wird am 21.2.41 „in eine andere Anstalt verlegt“.⁹¹

Bereits im Februar 1934 nimmt der Stadtrechtsrat Horst Langbein Kontakt zur Landesheilanstalt Untergöltzsch auf. Zu den „[...] auf unsere Kosten dort untergebrachten Geisteskranken“ teilt er im Auftrag des Rates der Stadt / Fürsorgeamt mit:

„Nach nationalsozialistischen Grundsätzen kann es nicht verantwortet werden bei Erkrankungen unheilbarer und siecher Personen monate- bzw. jahrelang teure Anstaltskosten aus öffentlichen Mitteln zu übernehmen.“⁹² Er bittet daher um Nachprüfung aller Fälle, die auf Kosten der Stadt Reichenbach dort untergebracht sind, ob die Anstaltspflege notwendig sei oder auch eine Unterbringung in der eigenen oder einer fremden Familie oder in einer Bezirksanstalt, die billigere Verpflegungssätze habe, genüge.

Die Anstalt sendet daraufhin eine Liste mit 11 Personen, die hierfür in Frage kämen. Bei einigen, so heißt es darin, müsse aber vorher noch das Sterilisierungsverfahren eingeleitet werden.⁹³

In diesem Zusammenhang teilt Langbein im Auftrag des Oberbürgermeisters am 10.11.1936 mit Schreiben an die Anstaltsdirektion Untergöltzsch mit, dass er um eine eventuelle Überschreitung des Haushaltsplans zu unterbinden, versuchen müsse, eine Verlegung von den untergebrachten Personen zu organisieren, so von ärztlicher Seite keine Bedenken bestünden. Falls eine Verlegung von der vorherigen Unfruchtbarmachung abhängig sei, bittet er, diese beschleunigt durchzuführen.⁹⁴

Im April 1936 informiert Dr. Otto Schreiber das Erbgesundheitsgericht in Plauen, dass „... nach den bisherigen Erfahrungen bei dem starken persönlichen Eingriff, den eine Unfruchtbarmachung mit sich bringt, der Gemeindebeamte einer Mittel- oder Kleinstadt, der das Amt eines Pflegers übernimmt, noch viel mehr den ungerechtfertigten Vorwürfen der Angehörigen des unfruchtbar zu Machenden ausgesetzt ist, als der Privatpfleger.“ Schreiber sei bereit in „Eilfällen (Schwangerschaft und Aufenthalt in der Anstalt)“ den Reichenbacher Verwaltungsinspektor Richard Lorenz (Jugendamt Reichenbach) schon jetzt die Genehmigung zur Übernahme des Pflegeramtes zu erteilen.⁹⁵

Im Auftrag des Bürgermeisters erfolgt u.a. die dienstbehördliche Genehmigung zur Übernahme der Pflegschaft von Personen in Verfahren zur „Unfruchtbarmachung“.⁹⁶

⁹¹ Vgl. ebd.

⁹² Stadtarchiv Reichenbach VII E I 117 Landesheilanstalt Untergöltzsch (1929-1941).

⁹³ Vgl. ebd.

⁹⁴ Vgl. ebd.

⁹⁵ Vgl. Stadtarchiv Reichenbach X A 19 Pflegschaften in Unfruchtbarkeitsfällen. Allgemeines. (1936-1937).

⁹⁶ Vgl. ebd.

Recherchen zu als jüdisch verfolgten Personen

Am 25. Februar 1937 leitet der Oberbürgermeister Dr. Otto Schreiber an die Ortsgruppe der NSDAP, Abteilung Geschäftsführung ein Verzeichnis mit dem Titel „In Reichenbach i.V. wohnhafte Juden, die im Besitz eines Gewerbescheins sind.“ weiter, in dem 6 Personen aufgelistet und mit Personalien und weiteren Angaben zum jeweiligen Geschäft verzeichnet sind. Vorausgegangen war eine vertrauliche Anfrage der NSDAP, Ortsgruppe Reichenbach vom 19.2.1937.⁹⁷

Im Auftrag des Bürgermeisters ergehen weitere Meldungen, u.a. eine Rückmeldung an die Gestapo in Plauen über „deutschblütige Hausangestellte“, die in „jüdischen Haushalten“ beschäftigt sind.⁹⁸

Generell ist den Akten zu entnehmen, wie Schreiber die Restriktiven von NSDAP und Gestapo umsetzt: z. B. wenn die Gestapo in Berlin anordnet, die „assimilatorisch eingestellten Juden in Deutschland“ zu überwachen, erhält Schreiber darauffolgend von der Polizeihauptwache Reichenbach Berichte zu Reichenbacher Mitgliedern im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten.⁹⁹

Im Mai 1938 sendet Schreiber eine „Aufstellung über die in Reichenbach wohnhaften Juden nach dem Stande vom 1.5.38“ an den Kreishauptmann zu Zwickau - eine Zuarbeit zur so genannten Judenkartei.¹⁰⁰ Zu dieser Kartei erfolgen, z.T. im Auftrag des Oberbürgermeisters, gezeichnet durch den Stadtrat Hummitzsch, mehrere Aktualisierungen.¹⁰¹ Am 23.8.1938 wird im Auftrag des Oberbürgermeisters eine Aufstellung über jüdischen Passinhaber an die Gestapo in Plauen versandt.¹⁰²

Am 29.8.38 berichtet Oberbürgermeister Otto Schreiber dem Kreishauptmann in Zwickau mit dem Betreff „Veräußerung jüdischer Gewerbebetriebe“, „[...] daß hier nach einer schriftlichen Mitteilung der jüdischen Firma J. Beutler ihr Betrieb voraussichtlich am 1. September 1938 in arische Hände übergeht.“¹⁰³

Am 8.12.1938 wird in Schreibers Auftrag eine „Übersicht über den hier festgestellten jüdischen Grundbesitz“ an die Deutsche Arbeitsfront in Plauen versandt.¹⁰⁴

In Vertretung des Oberbürgermeisters wird am 27.2.1939 dem Verkauf des Fabrik- und Geschäftsgrundstücks in der Feustelstr. 6 der als jüdisch verfolgten Familie Beutler an die Firma Ernst Müller G.m.b.H. in Neumark/Sachsen zugestimmt.¹⁰⁵

Schreiber persönlich unterzeichnet am 23.2.1939 die Zustimmung zum Verkauf mehrerer Grundstücke von Mitgliedern der als jüdisch verfolgten Familie Beutler an die Reichenbacher Firma Jean Lambrette.¹⁰⁶ Auch danach wird weiteren Grundstücksverkäufen zugestimmt.¹⁰⁷

⁹⁷ Vgl. Stadtarchiv Reichenbach XI L 43 Judensachen Bd. 1.

⁹⁸ Vgl. ebd.

⁹⁹ Vgl. ebd.

¹⁰⁰ Vgl. „Stadtarchiv Reichenbach XI L 43 Judensachen Bd. 1“.

¹⁰¹ Vgl. Stadtarchiv Reichenbach XI L 44 Judensachen Bd. 2.

¹⁰² Vgl. „Stadtarchiv Reichenbach XI L 43 Judensachen Bd. 1“.

¹⁰³ „Stadtarchiv Reichenbach XI L 44 Judensachen Bd. 2“.

¹⁰⁴ Vgl. ebd.

¹⁰⁵ Vgl. Stadtarchiv Reichenbach XI L744 Entjudung von Grundbesitz (1939-1941).

¹⁰⁶ Vgl. ebd.

¹⁰⁷ Vgl. ebd.

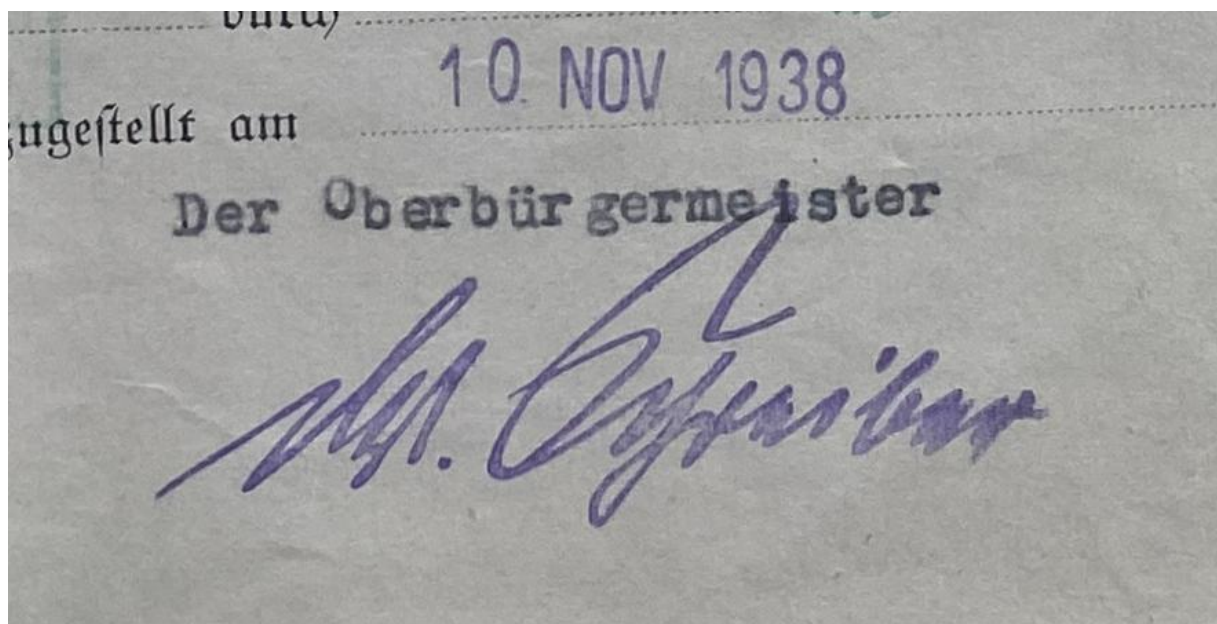
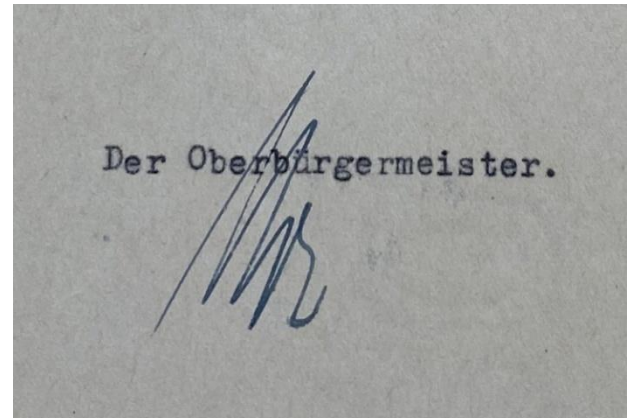
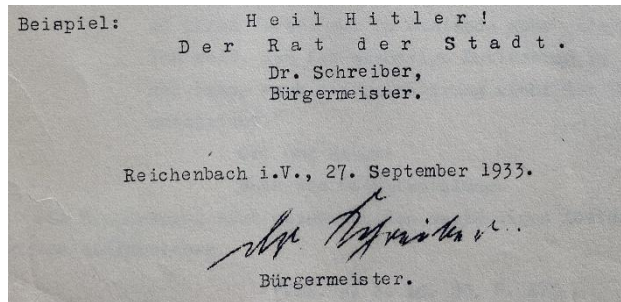
Anhang- Quellen nach Standorten

Stadtarchiv Reichenbach

Fotografische Dokumentation der Quellen mit Schreibers Unterschrift oder eines in seinem Namen zeichnenden Vertreters.

Unterschriften

Dr. Otto Schreiber, Oberbürgermeister



Dr. Horst Langbein, Bürgermeister

Der Oberbürgermeister.
I.V.
[Handwritten signature]
Bürgermeister.

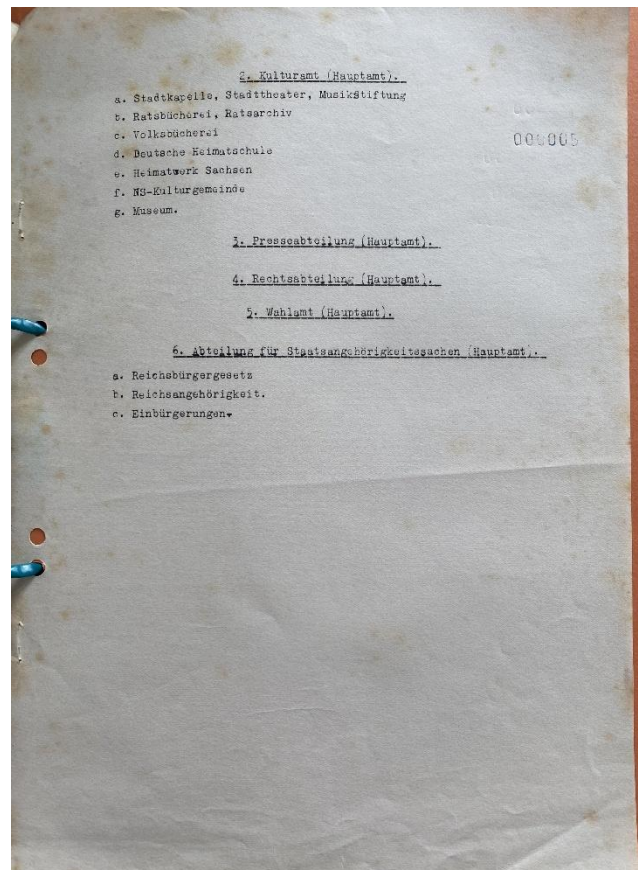
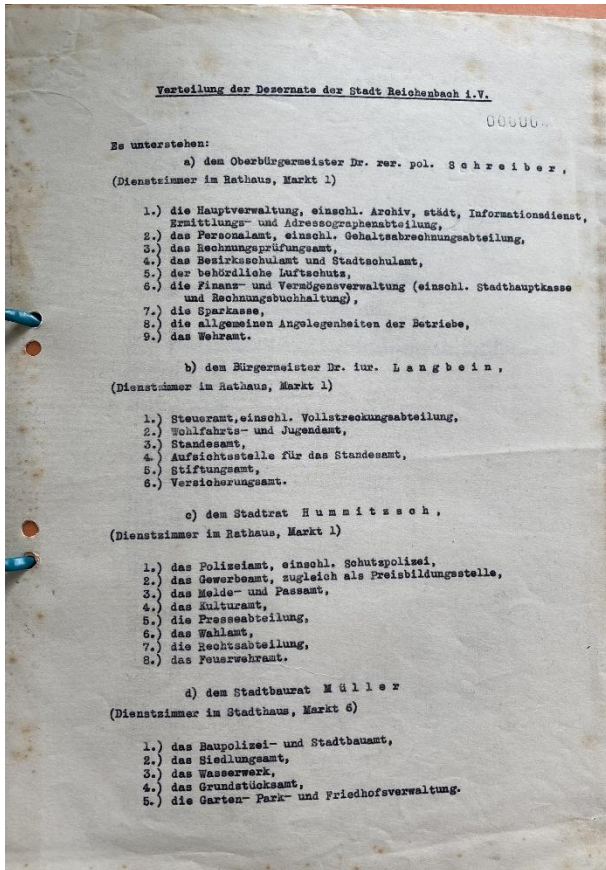
Bernhard Hummitzsch, Stadtrat

Der Oberbürgermeister.
J.V.
[Handwritten signature]
Stadtrat.

Der Oberbürgermeister.
[Handwritten signature]
Stadtrat

Dokumente im Stadtarchiv Reichenbach

II A 104 Geschäftsverteilungsplan der Stadtverwaltung Reichenbach vom 1.3.1937



X A 19 "Pflegschaften in Unfruchtbarkeitsfällen. Allgemeines." (1936-1937).

//////

Beilagen 4 April 1936

An das
Erbsundheitsgericht
bei dem Amtsgericht
Plauen.

36 XIII 102/36

2. April 1936.

Hierdurch genehmige ich dem Verwaltungsspektr Richard Lorenz in Reichenbach i.V., daß er die Pflegschaft über den ~~_____~~ 1898 in Reichenbach i.V. geborenen Maschinenputzer ~~_____~~ zur Vertretung in dem gegen ihn anhängigen Verfahren auf Unfruchtbarmachung übernimmt.

Zu Ihrem an Herrn Lorenz gerichteten Ersuchen, zugleich auch für künftige derartige Fälle im Bezirke der Stadt Reichenbach i.V. eine Übernahmegenehmigung beizubringen, gestatte ich mir zu bemerken, daß ich die Benennung eines Besetztes für den gedachten Zweck nicht für erforderlich halte. Ich stehe vielmehr auf dem Standpunkt, daß in erster Linie der Pfleger aus dem Kreise der Familienglieder oder der Verwandtschaft zu entnehmen und erst in zweiter Linie ein Besetzter ausserhalb dieses Kreises zu entnehmen und erst in solchen Fällen auch künftighin des Vorschlages des Jugendamtes -Gemeindevorstandes zu bedienen.

Der Oberbürgermeister.

[Signature]

Ab s c h r i f t .

An das
Erbsundheitsgericht
beim Amtsgericht
Plauen / V.

36 XIII/102/36. 18. April 1936.

Auf Ihr Schreiben vom 6.4.1936 erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, daß nach den bisherigen Erfahrungen bei dem starken persönlichen Eingriff, den eine Unfruchtbarmachung mit sich bringt, der Gemeindevorstand einer Mittel- oder Kleinstadt, der das Amt eines Pflegers übernimmt, noch viel mehr den ungerechtfertigten Vorwürfen der Angehörigen des unfruchtbar zu Machenden ausgesetzt ist, als der Privatpfleger. Eine wesentliche Verzögerung durch das Ausfindigmachen eines geeigneten Einzelpflegers dürfte kaum entstehen, da der Beamte des Gemeindevorstandes, der gleichzeitig auch das Gesundheitsfürsorgeamt mit verwaltet, die persönlichen Verhältnisse der in Frage kommenden Personen meist gut kennt und daher sofort beurteilen kann, ob ein geeigneter Pfleger vorhanden ist oder nicht.

Für den Fall, daß ein Einzelpfleger nicht sofort benannt werden kann und in den von Ihnen auf Seite 2 Ihres Schreibens vom 6.4.1936 erwähnten Fällen (Schwangerschaft, Aufenthalt in der Anstalt) bin ich bereit, Verwaltungsspektr Lorenz schon jetzt die Genehmigung zur Übernahme des Pflegeramtes zu erteilen.

Ich werde mich dessen ungeachtet aber auch weiter bemühen, vielleicht unter den Helfern der N.S. Volkswohlfahrt einen geeigneten Samalpfleger ausfindig zu machen und dann zur gegebenen Zeit wieder berichten.

Herr Oberbürgermeister.
gez. Dr. Schreiber.

An das
Erbsundheitsgericht
bei dem Amtsgericht Plauen.

36 XIII 55/37 Pfl. Lo. 19. Febr. 1937.

Dem Verwaltungsspektr Richard Lorenz in Reichenbach i.V. erteile ich die dienstbehördliche Genehmigung zur Übernahme der Pflegschaft für ~~_____~~ hier in dem gegen sie anhängigen Verfahren auf Unfruchtbarmachung.

Der Oberbürgermeister.

Walter E. Hoff 19.2.37
Kor. Bürgermeister.

Am 10.1.37

Ihre Kopie E. E. Lorenz, der Ansicht ist, daß die Aufstellung von der Notwendigkeit der Aufstellung einer Pflegschaft für den Zweck der Vertretung in dem gegen ihn anhängigen Verfahren auf Unfruchtbarmachung nicht erforderlich ist, da die Angehörigen des unfruchtbar zu Machenden die Vertretung des unfruchtbar zu Machenden selbst übernehmen können.

R. E. Lorenz
W. E. Hoff

In
die Geheime Staatspolizei
- Staatspolizeistelle -

abgef.
30. April 1937
gn.

Plauen i.V.

250/37 TV 2. 30. April 1937.

Unter Bezugnahme auf die Anfrage vom 14. April 1937 teile ich mit, daß in Reichenbach i.V. bei den vorhandenen jüdischen Haushaltungen keine deutschblütige Hausangestellte beschäftigt wird, die in Deutschland geboren und unter 45 Jahre alt ist. Seit 1.4.1937 wird bei der Jüdin Beutler, hier, Feustelstraße 5 wohnhaft, die am 28.3.1920 in Hohendorf b. Marienbad i. Tsch. geborene Hausgehilfin Anna Seidel beschäftigt. Die Seidel war bisher immer in der Tschechoslowakei giftiglich.

*Beutler und Seidel sind Giftiglich
des Aufnahmefähigkeitsprüfung nach dem Lebensmittelpass
main No*

Der Oberbürgermeister.
J.V.;

[Signature]
Stadtrat.

[Signature]

000081

XI L744 „Entjudung“ von Grundbesitz (1939-1941)

00 040

An
den Herrn Regierungspräsidenten
zu E w i c k a n.

IV Jv. 45/39 PstVc. 23. Februar 1939.

Zu dem von der Firma Jean Lambrette in Reichenbach beabsichtigten Kauf der der jüdischen Firma J. Beutler gehörenden Grundstücke Blatt 2092, 2981 und 2982 des Grundbuchs für Reichenbach zum Preise von 88 500.-- RM berichte ich auf Grund der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938 folgendes:

Eigentümer der vorgenannten Grundstücke sind

Dr. Albert Beutler, hier,	zu 1/2 Anteil
Dr. Ernst Beutler, New-York,	zu 1/4 Anteil
Dr. Alfred Beutler, Milwaukee,	zu 1/4 Anteil

Dr. Albert Beutler ist Reichsangehöriger. Ob die beiden anderen Mitigentümer die Reichsangehörigkeit noch besitzen, ist unbekannt.

Das Grundstück Blatt 2092 des Grundbuchs ist ein an der Hindenburgstrasse gelegenes Fabrikgrundstück ein sines Grösse von 72,4 a, die Grundstücke Blatt 2981 und 2982 sind in Flurbuch als gewerblicher Hofraum bezeichnet und 3,7 a und 10,4 a gross.

Der Sachwert beträgt für das Grundstück	
Blatt 2092 des Grundbuchs	81 395.-- RM
" 2981 " "	2 220.-- "
" 2982 " "	6 240.-- "
	<u>89 855.-- RM.</u>

Der Einheitswert ist für die eine wirtschaftliche Einheit bildenden drei Grundstücke auf 66 500.-- RM festgesetzt worden. Als Ertragswert (berechnet nach der gesetzlichen Miete abzgl. laufende Unkosten, kapitalisiert zu 5 %) ergibt sich

ein Betrag von 94 192.-- RM.

Eine Genehmigung zu dem vorstehenden Kaufpreis nach dem Gesetz über die Aufschlüsselung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933 ist nicht erforderlich, da nach dem Gewerbeplan dieses Gelände als Gewerbegebiet ausgewiesen ist. Bedenken gegen die Höhe des Kaufpreises bestehen nicht.

Die Genehmigung nach der Grundstücksverkehrsverordnung vom 26. Januar 1937 und nach der ersten Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Sicherung der Reichsgrenze und über Verwaltungsmaßnahmen vom 17. August 1937 ist ebenfalls nicht erforderlich.

Gegen den Erwerb der bezeichneten Grundstücke durch den Fabrikbesitzer Jean Lambrette bestehen keine Bedenken.

Der Ortsbürgermeister.

Mz

Reichenbach i.V., am 27. Februar 1939.

U. s.
an den Herrn Landrat
zu Zwickau.

Zu 1. Eigentümer des Grundstückes Feustelstr. 6 sind
Dr. Albert Beutler, hier, zu 1/2 Anteil
Dr. Ernst Beutler, New-York, zu 1/4 Anteil
Dr. Alfred Beutler, Milwaukee, zu 1/4 Anteil.
Dr. Albert Beutler ist Reichsangehöriger. Ob die beiden
anderen Miteigentümer die Reichsangehörigkeit noch be-
sitzen, ist unbekannt.

Zu 2. Geschäfts- und Fabrikgrundstück.

zu 3 a. 210 053.-- RM.
b. 160 300.-- RM.
c. 219 080.-- RM.

Zu 4 a. Genehmigung ist nicht erforderlich.
b. Bedenken gegen den Kaufpreis von 145 400.-- RM be-
stehen nicht.
c. Genehmigung ist nicht erforderlich.
d. Desgl.

01 047

Der Oberbürgermeister.
i. V.
[Signature]
Bürgermeister.

000038

An
den Herrn Regierungspräsidenten
zu Zwickau.

IV JV. 144/39 JV. 3. April 1939.

Zu dem von der Frau Florentine Schneider in Reichen-
bach beabsichtigten Kauf des der jüdischen Firma J. Beutler
gehörenden Grundstückes Blatt 2016 des Grundbuchs für Reichen-
bach berichte ich auf Grund der Verordnung über den Einsatz
des jüdischen Vermögens vom 24. März 1938 (RGBl. I S. 1709)
zu Fkt. 1 Jahres Schreibens vom 24. v. M.:
Eigentümer des vorgenannten Grundstückes sind
Dr. Albert Beutler, Habana (Cuba) zu 1/2 Anteil
Dr. Ernst Beutler, New-York " 1/4 "
Dr. Alfred Beutler, Milwaukee " 1/4 "
Welche Staatsangehörigkeit die Juden jetzt besitzen
ist hier unbekannt.

Zu 2. Das Grundstück ist ein Mietwohngrundstück.
3 a. Der Sachwert beträgt 45 900.-- RM.
3 b. Der Einheitswert ist auf 35 400.-- RM festgesetzt
worden.
3 c. Als Ertragswert des Grundstückes ergibt sich ein Betrag
von 52 350.-- RM
4 a. Genehmigung ist nicht erforderlich.
4 b. Bedenken bestehen nicht.
4 c. Genehmigung ist nicht erforderlich.
4 d. Desgleichen.
5. Gegen die Erwerblerin bestehen keine Bedenken.
6. Ja, der Kaufpreis erscheint zu niedrig, da er noch um
400.-- RM unter dem Einheitswert liegt und in keinem
Verhältnis zum Ertragswert steht.

Der Oberbürgermeister.
i. V.
[Signature]
Bürgermeister.

fu

14. August 1941

Herr Oberbürgermeister hat heute an Amtsstelle dem Geschäftsführer Hoffmann
von der Fa. Pammler eröffnet, dass er die Umwandlung der Wohnung im 1. Stock
des Grundstückes Weststr. 24 zu Geschäftsräumen für die Fa. Pammler genehmigt.
Er müsse jedoch im Hinblick auf die Verordnung über das Verbot der Umwand-
lung von Wohnungen in Räume anderer Art vom 29. 7. 1941 (RGBl. I S. 451) für die
beabsichtigte Umwandlung der Wohnräume eine Ablössungssumme festsetzen. Der
Betrag wurde vom Herrn Oberbürgermeister für die Wohnräume im 1. Stock aus
Billigkeitsgründen auf zus. 500.-- RM festgelegt. Herr Oberbürgermeister be-
tonte ausdrücklich, dass er bei der Festlegung dieser Summe besonders die
Umstände des Verfahrens über die Entjudung des Grundstückes in Betracht
gezogen habe. Hoffmann erklärte sich mit der Höhe der Ablössungssumme einver-
standen.

[Signature]

Abref. am 15. AUG 1941
[Signature]

Firma
Hermann Pammler
hier
Bahnhofstraße

000036

2. Polizeidbtg. 14. Aug. 1941

Auf Grund von § 2 der Verordnung über das Verbot der Umwandlung von Wohnungen
in Räume anderer Art vom 29. Juli 1941 (RGBl. I S. 451) genehmige
ich Ihnen die Umwandlung der Wohnung im ersten Stock des Grundstückes West-
straße 24 (bestehend aus 2 Zimmern, 1 Küche und 1 Vorsaal) in Geschäftsräume.
Für die Umwandlung dieser Räume setze ich aus Billigkeitsgründen eine Ablösungs-
summe von zusammen 500.-- RM fest.

Die Genehmigung wird mit der Maßgabe erteilt, dass erst umgewandelt werden
darf, wenn der vorbezeichnete Betrag an meine Stadthauptkasse entrichtet oder
eine entsprechende Sicherheitsleistung erfolgt ist.

Der Oberbürgermeister.
[Signature]

Am 16. AUG 1941
Kostenzettel erhalten
Stadthauptkasse.
[Signature]

Reg. 10. 11. 41 auf Aug. 2. 39

Auflistung der im Stadtarchiv Reichenbach gesichteten Akten

Die im Folgenden aufgelisteten Akten wurden für die Jahre 1933 bis 1947 vollständig, anlassbezogen oder in Stichproben auf ihre Relevanz des zu untersuchenden Themas gesichtet:

Aktenkopie BArch R 179 [ohne Signatur] Krankengeschichte der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Untergöltzsch.

Aktenkopie BArch R 179/4893 Krankengeschichte der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Untergöltzsch.

Aktenkopie BArch R 179/9121 Krankengeschichte der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Untergöltzsch.

I J I 9 Rundschreiben betreffs Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit (1937-1938).

I J I 10 Einführung des Reichsbürgerrechts (1935-41).

I E 37 Befehle der Besatzungsmacht (1945-46).

I E 35 Schriftverkehr mit den Besatzungsmächten (1946-47).

II A 83 Jahresberichte der Stadtverwaltung (1933-1934).

II A 85 Jahresberichte der Stadtverwaltung für das Jahr 1935/36.

II A 88 Jahresberichte der Stadtverwaltung (1938-1939).

II A 95 Dienstbesprechungen des Oberbürgermeisters mit den Abteilungsleitern 1936.

II A 100 Innerdienstliche Verordnungen und Umläufe des Oberbürgermeisters (1920-1940).

II A 101 Verordnungen des Oberbürgermeisters mit Umlauf (1940-1945).

II A 103 Geschäftsverteilungsplan d. Stadtverwaltung Rb. vom 1.VIII. 1945.

II A 104 Geschäftsverteilungsplan der Stadtverwaltung Reichenbach vom 1.3.1937.

II A 123 Geschäftsverteilungsplan d. Rathauses 1933.

II A 113 Rechenschaftsberichte der Stadtverwaltung (1945-1951).

II E III 56 Sitzungsberichte des Gesamtstadtrates Bd. IV (1933-1935).

II E III 61 Niederschriften über die Sitzungen des Gesamtstadtrates zu Reichenbach i.V. (1933).

II E III 63 Niederschriften über die Sitzungen des Gesamtstadtrates zu Reichenbach i.V. (1935).

II E III 65 Niederschriften über die Beratungen mit den Beigeordneten 1938.

II E III 68 Niederschriften über die Dezernentenbesprechungen 1935.

II F I 95 Personalfragebogen und Personalakten von Stadtverordneten Sch-Z (1946-1955).

II H I 34 Niederschriften über die Beratungen mit dem Beirat für die Finanz- und Vermögensverwaltung (1935-1940).

II J I 130 Beamtenverzeichnis des Rates der Stadt Rb. (1934-1936).

II J I 203 Personalangelegenheiten, (Sammelakte) (1934-1950).

II J I 243 Entlassungen ehe. Mitgl. der NSDAP 1945.

II J I 149 Personeller Neuaufbau der Verwaltung – Listen der ehem. Pg. Im öffentlichen Dienst (1945-1947)

II J I 144 Personeller Neuaufbau der Stadtverwaltung (1945-1948)

II J II 156 Allgemeines über die Anstellung und Besoldung des Bürgermeisters (1935-1950)

50839 Personalakte Otto Schreiber (1926-1945).

II J III 616 Personalakte Dr. Karl Kühn (1926-1946).

[ohne Signatur] Personalakte Bernhard Hummitzsch.

[ohne Signatur] Personalakte Horst Langbein (1933-1945).

VII E I 12 Entlassung von Insassen aus Heil- und Pflegeanstalten (1932-1938)

VII E I 114 Heilstätte Sichem (1926-1942)

VII E I 115 Unterbringung im Bezirksheim Wiesen (1930-1942)

VII E I 116 Bezirksheim Hilbersdorf (1927-1937)

VII E I 117 Landesheilanstalt Untergöltzsch (1929-1941).

X A 18 Liste der unfruchtbar gemachten Personen (1934 – 40).

X A 19 Pflgeschäften in Unfruchtbarkeitsfällen. Allgemeines. (1936-1937).

X A 20 Niederschriften des Gesundheitsausschusses (1928 – 1934).

X D 33 Desinfektionen von Wohnungen bei ansteckenden Krankheiten (1931-1936).

X D 34 Behandlungszwang für Geschlechtskranke – einzelne Personalsachen (1933-1934).

X D 35 Listen über Geschlechtskranke. Wanderarme und Ausländer (1931 – 1937).

X D 37 Gesetz zur Verhütung des erbkranken Nachwuchses (1933-1939).

XI A 18 Polizeiliche Anzeigen (1942 – 1945).

XI A 47 Polizeiliche Anzeigen A-G (1936-37).

XI A 51 Polizeiliche Anzeigen SCH - Z (1936-37).

XI A 53 Allgemeiner Schriftwechsel des Polizeiamtes Teil I A-H.

XI A 54 Allgemeiner Schriftwechsel des Polizeiamtes Teil II H-M (1929-1935).

XI A 55 Allgemeiner Schriftwechsel des Polizeiamtes Teil III M-R (1929-1935).

XI A 56 Allgemeiner Schriftwechsel des Polizeiamtes Teil IV S-T(1929-1935).

XI A 57 Allgemeiner Schriftwechsel des Polizeiamtes Teil IV T-Z (1929-1935).

XI A 61 Aufhebung und Beschränkung von Polizeiverordnungen (1929-1938).

XI A 63 Verordnung in Polizeisachen allgemeiner Art (Band II) (1914-1935).

XI A 72 Polizeiangelegenheiten (1945-1952).

XI A 71 Anzeigen und Verhaftungen.

XI A 76 Tagebuch der Polizei 1.1.1933 bis 31.12.1933.

XI A 88 Polizeiunterlagen 1933 – 1934.

XI L 51 Überwachung ehemaliger SPD-Angehöriger u. ähnl. (1933 – 1935).

XI L 50 Verzeichnis der Schutzhäftlinge und Verhöre (8.3.1933 – 14.12.1933).

XI H 284 – NSDAP und ihre Gliederungen (1933-44).

XI L 53 Haussuchen bei politisch Verdächtigen – Allgemeines (1933-35).

XI L 60 Listen der Mitglieder der NSDAP in RC 1945.

XI L 63 Die Tätigkeit der Entnazifizierungs-Kommission (1946/47).

XI L 67 Erhebungen über bestimmte Personengruppen (1945-46).

XI L 75 Aktivisten der NSDAP Ortsgruppe Reichenbach (1945).

XI L 41 Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes Bd. IV (1933-45).

XI L 42 Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes Bd. V (1934-35).

XI L 43 Judensachen Bd. 1.

XI L 44 Judensachen Bd. 2.

XI L 62 Beschlagnahme des Volkshauses 1933-36.

XI L 64 Tätigkeit des Antifa-Blockes (1945).

XI L 74 Entjudung von Grundbesitz (1939-1941).

XI L K 25 Fahndung nach politisch tätigen Personen Bd. I (1925-1935).

XI H V 276 Angelegenheiten der „Opfer des Faschismus“ (1945-1948).

XI H II 144 Übergang des Vermögens ehem. marx. Turnvereine (1938-1939).

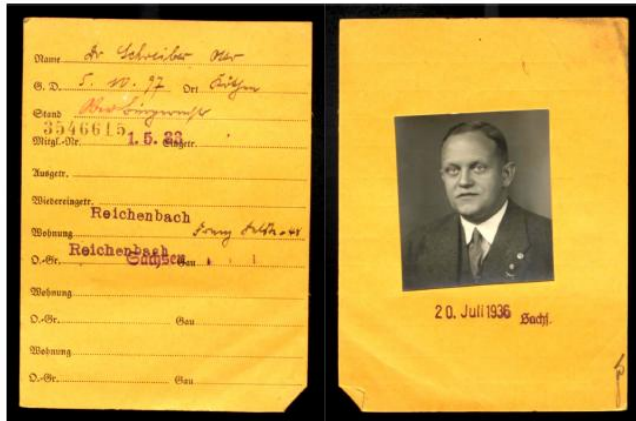
XI F 37 Ausweissichtvermerk 1933.

XVI A 99 Gesetzliche Bestimmungen zum Schutz des Einzelhandels (1933-1942).

Quellen zu Schreiber im Bundesarchiv¹⁰⁸

NSDAP-Mitgliederkartei

NSDAP-Zentralkartei | BArch R 9361-VIII KARTEI / 21061018

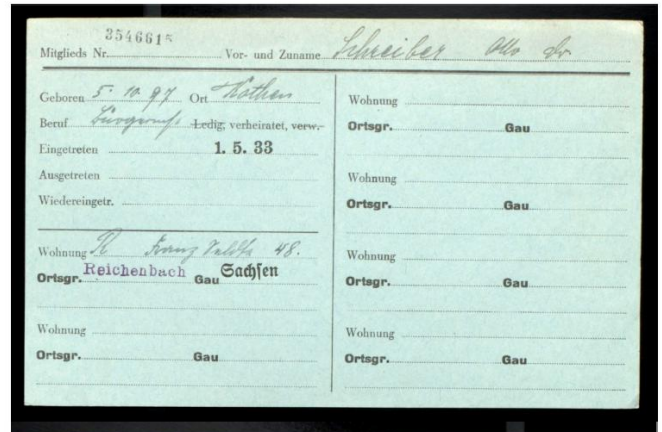


NSDAP-Karteikarte Details

Signatur BArch R 9361-VIII KARTEI / 21061018
 Kartennr. Zentralkartei, Kasten 2106, Karte 1018
Name Schreiber
Vorname Otto
 Geb.-Name
 Titel Dr.
Geb.-Dat. 5. 10. 1897
Geb.-Ort Köthen
Wohnort / Ortsgr. Reichenbach
Mitgliedsnr. 3546615
 Bemerkungen

NSDAP-Mitgliederkartei

NSDAP-Gaukartei | BArch R 9361-IX KARTEI / 39530651



NSDAP-Karteikarte Details

Signatur BArch R 9361-IX KARTEI / 39530651
 Kartennr. Gaukartei, Kasten 3953, Karte 651
Name Schreiber
Vorname Otto
 Geb.-Name
 Titel Dr.
Geb.-Dat. 5. 10. 1897
Geb.-Ort Köthen
Wohnort / Ortsgr. Reichenbach
Mitgliedsnr. 3546615
 Bemerkungen

¹⁰⁸ Zu Schreibers Haft und Tod im Speziallager Mühlberg/Elbe konnten über die Suche des Bundesarchivs keine relevanten Aktenbestände ermittelt werden, gleichwohl existieren Aktenbestände zum Lager, deren Laufzeiten jedoch nach Schreibers Tod (1946) liegen. Z.B.: <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/167eb524-4d5c-49cb-985d-3b0df42b07a7/> oder: <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/5c3857b6-6d2a-46b1-ba81-1f845bf1db56/> Zudem ist eine Akte zum Speziallager 1 in Mühlberg für die Zeit Nov. 1945 – Dez. 1946 in Berlin-Lichterfelde einsehbar, wobei hier, dem Akzentitel nach, ein Erkenntnisgewinn zu Schreiber persönlich eher nicht zu erwarten ist: DX 4/243 Berichtsaufzeichnungen und Spezialmitteilungen über Vorfälle in den Speziallagern <https://invenio.bundesarchiv.de/invenio/direktlink/626a74a9-5a57-4952-a6d7-93b8cb6c17b8/> (07.07.2025).

BArch R 9361 II - 894533

Personal-Blatt

Heimatbehörde: Oberbürgermeister Reichenbach (Vogtl)		Aufsichtsbehörde: Reichsstthalter in Sachsen - Landesregierung - Landesregierung Ministerium des Innern Reichsgau Abt. Allg. u. innere Verwaltung Sachsen Reg.-Präsident Zwickau	
Einwohnerzahl: 31681			
Zuname: Dr. rer.pol.Schreiber	Vorname: Otto Karl Christian		
Amtsbezeichnung: Oberbürgermeister	Amtszeit: 1.5. 1935	Bes.Gruppe: A 1 a	
Geburtsjahr: 1897	Monat: Okt.	Tag: 5.	Geburtsort: Köthen
Familienstand: ledig verh. seit 21.5. 1928 geschieden		Kinder:	
Vorname u. Name d. Frau: Hertha Schreiber geb. Wagner		1. Vorname: Ingeburg	geb. am: 19.5.1929
geb. am: 31.8. 1907		2. " : Christine	26.7.1934
Glaubensrichtung: gottgläubig			
Parteiverhältnis:			
a) Mitglied der Partei: NSDAP			
b) Eintritt: 1.5. 1933			
c) Ämter in der Partei oder Dienststrang in der SA, SS, NSV usw. SA-Obertruppführer			
Militärverhältnis:		Abgeordnet:	
gedient, ungedient Feldwebel		nach Erl. v.	
Res. I oder II Ldw. I			
nicht in Wehrüberwachung			
Tauglichkeitsgrad: kv			
Zur Wehrmacht einberufen			
Auszeichnungen:			
a) Kriegsauszeichnungen: EK II, Ehrenkreuz für Frontkämpfer Verwundeten-Abzeichen			
b) andere Auszeichnungen: Medaille zur Erinnerung an den 1. Okt. 1938 Kriegsverdienst-Kreuz II.Kl. Luftschutz-Ehrenzeichen II.Kl.			

Beruflicher Werdegang:

a) Schulbildung: Humanistisches Ludwig-Gymnasium Köthen
Abitur

b) Studium und Prüfungen: Std.Rechts- und Staatswissenschaft Leipzig, Berlin, Kiel
Dr. der Staatswissenschaft 1923 in Kiel

c) Sonstige Ausbildung und Tätigkeit: Besuch der Handelshochschule, Berlin

d) Frühere Tätigkeit im öffentlichen Dienst oder in der privaten Wirtschaft:
1923/24 wiss. Hilfsarbeiter Magistrat Köthen
1924/26 Syndikus des Wirtschaftsverbandes für Handels und Gewerbe.
1.9. 1926 Stadtrat der Stadtverwaltung Reichenbach i.V.
1.4. 1934 Bürgermeister der Stadt Reichenbach i.V.

Körperliche Eignung und Fähigkeiten:

Körperliche Mängel liegen nicht vor. Oberbürgermeister Dr.Schreiber hat sich den Aufgaben der Industriestadt Reichenbach mit Erfolg gewidmet. Die Finanzen der Stadt sind von ihm besonders gut verwaltet worden. Besondere Fürsorge widmet er den städtischen Versorgungsbetrieben. Seine persönlichen Eigenschaften sind in keiner Weise zu beanstanden.

Bemerkungen:



Rückmeldung zu Patientenakten aus dem Bestand B 179 des Bundesarchivs im Stadtarchiv Reichenbach



Das Bundesarchiv

Postfach 45 05 00, 12175 Berlin

Frau
Lore Liebscher
Museum Burg Mylau
Burg 1
05499 Mylau

Postfach 45 05 00, 12175 Berlin

Telefon: +49 (0)30 18 7770-8289
Telefax: +49 (0)30 18 7770-1610

Leitung: Nicole Jakob

E-Mail: barlin@bundesarchiv.de
Internet: www.bundesarchiv.de
Datum: 28.05.2025
Newsticker: DR 4 - 2025KW10#012#0002

Betreff: "Erinnerungslücken - der Fall einer kleinen Stadt", hier: Schreiber, Otto Karl Christian
*03.09.1887 104.06.1946
Info: DR 4 - BVE 4 für R 179
Info: Ihr Schreiben vom 04.04.2025

Sehr geehrte Frau Liebscher,

hiermit bestätige ich Ihnen den Eingang Ihrer E-Mail.

Gestatten Sie einige generelle Erläuterungen zur Benutzung von personenbezogenen Unterlagen. Auskünfte aus personenbezogenem Archivgut dürfen unter Beachtung von Schutzfristen zunächst nur an den Betroffenen selbst und - nach seinem Tod - an Eltern, Geschwister, Ehepartner, Kinder und Enkelkinder gegeben werden.

Da es sich bei den Patientenakten um besonders sensible personenbezogene Unterlagen handelt, in denen zum einen oft medizinische oder intime Details in herabwürdigenden oder missachtenden, in jedem Fall aber in nicht zeitgemäßen Formulierungen enthalten sind, zum anderen aber Angehörige genannt werden, die möglicherweise noch unter die personenbezogenen Schutzfristen fallen, sind die Unterlagen nicht frei zugänglich. Diese Einschränkung beruht - nachdem die reguläre personenbezogene Schutzfrist nach BArchG § 11 Abs. 2 längst abgelaufen ist - im Wesentlichen auf BArchG § 13 Abs. 1 Nr. 2 (schutzwürdige Interessen Betroffener oder Ihrer Angehörigen).

https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Downloads/Rechtliches/bundesarchivgesetz.pdf?__blob=publicationFile

Die Benutzung kann jedoch unter Auflagen genehmigt werden. Eine Namensnennung auf Gedenksteinen verletzt diese Belange nicht, anders ist dies bei Publikationen oder Biografien mit Angaben aus der Krankengeschichte. Es ist möglich, dass einige Familien nicht bereit

Öffnungszeiten des Servicebades

Mo - Mi: 09:00 - 17:00 Uhr
Do: 09:00 - 13:00 Uhr
Fr: 09:00 - 14:30 Uhr

Zahlungsmittel

Über die Bundeskasse Trier
Deutsche Bundesbank, Filiale Lauterbach
IBAN: DE44 1502 0500 0005001000
SWIFT/BIC: MARK2133
Postbank-Lieferanten
IBAN: DE44 545 1007 0225544672
SWIFT/BIC: BFSW3333
UID/VAT: DE 153 856 013

sind, dies öffentlich zu machen. Dies bitte ich zu beachten. Die Weitergabe an Dritte ist nicht gestattet.

Außerdem geben die Akten nie Auskünfte zum eigentlichen Mordgeschehen, sondern enden mit der Verlegung in eine andere Anstalt (in der Regel eine Zwischenanstalt auf dem Weg in die Mordanstalt). Hintergründe zu den Akten können Sie auch folgendem Internet-Link entnehmen:

<http://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Artikel/Ueber-uns/Aus-unserer-Arbeit/euthanasie-im-dritten-reich.html>

Wenn Sie eine Bearbeitung Ihrer Anfrage beauftragen möchten, senden Sie bitte die Verpflichtungserklärung für Archivgut, das personenbezogene Informationen enthalten kann (Anlage 4). Bitte tragen Sie bei Archivbestände oder -signaturen: R 179 ein.

https://www.bstunet.de/DE/BArch/Fachliches/Benutzung_nach_BArchG/Umsetzung_BArch_BV/20220718_anlage-4-download.pdf?__blob=publicationFile&v=9

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Nicole Jakob

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

Recherchen in weiteren Institutionen

Neuberin-Museum Reichenbach

- Pressemappe mit Artikeln zur Diskussion um die namentliche Ehrung Schreibers
- Sammlung zu Reichenbacher Persönlichkeiten
 - Umschlag Dr. Otto Schreiber

Stadtarchiv Chemnitz

Hier wurden am 7.5.2025 die folgenden Akten eingesehen:

Lfd. Nr.	Bestand	Signatur	Inhalt	Zeit
1	30409 Kreistag / Kreisrat Plauen	482	Tätigkeit der Entnazifizierungskommission – Beweismaterial	1947 - 1948
			Enthält: Durchführung der Entnazifizierung im Landkreis.	
			Enthält u. a.: Überprüfung der Stadtverwaltungen Plauen, Elsterberg, Netzschkau, Reichenbach und Mylau sowie der Gemeindeverwaltungen.	
2	30413_Bereich 6 - Bezirkstag / Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, Abt. 6	6_13343	Kreis Plauen/Land: Durchführung der Enteignung sonstigen Vermögens nach SMAD-Befehl 64	1949 - 1950
			Enthält u. a.: Löschungsbestätigungen der enteigneten Grundstücke und Hypotheken, 1950.- Inventurkarten für das Vermögen zu Liste: Nr. 114 Otto Schreiber, Reichenbach.	
3	30048 Amtshauptmannschaft Plauen	961	Bürgermeister, Beigeordnete, Gemeinderäte, Bd. 1	1935 - 1937
4	30048 Amtshauptmannschaft	962	Bürgermeister, Beigeordnete, Allgemeines Bd. 2	1937 – 1939
5	30048 Amtshauptmannschaft	963	Bürgermeister, Beigeordnete, Allgemeines Bd. 3	1940-1945
6	30048 Amtshauptmannschaft Plauen	7075	Antrag des Wehrbezirkskommandos Plauen auf Sterilisierung des K.R., geb. 1914 in Reichenbach	1935
8	30048 Amtshauptmannschaft	300	Berufsmäßige Gemeindebeamte	1907-1945

Die Recherchen erbrachten keine projektrelevanten Ergebnisse.

Kreisarchiv Zwickau

Im Archiv konnten keine relevanten Unterlagen zum Thema ermittelt werden.¹⁰⁹

Historisches Archiv des Vogtlandkreises

Die Recherchanfrage blieb bis zum Abschluss des Projekts unbeantwortet.

Gedenkstätte Lager Mühlberg

Bei der Initiativgruppe Lager Mühlberg handelt es sich um einen Zusammenschluss interessierter Privatpersonen, die über kein umfangreicheres Archiv verfügen. Vorhanden sind lediglich die Transportjournale und Sterbelisten des NKWD-Speziallagers Nr. 1. Zu Schreiber sind hierin nur die Eingangs- und Sterbedaten überliefert.¹¹⁰

¹⁰⁹ E-Mail vom 16.5.2025 von Marc Junker, SB Archiv Digitalisierung / Administrator, Kreisarchiv Zwickau.

¹¹⁰ E-Mail Uwe Steinhoff vom 6.7.2025.